

Herr  
Ministerpräsident des Landes Bayern  
Dr. Markus Söder  
Bayerische Staatskanzlei  
Postfach 220011  
80535 München

**Ihre Ansprechpartnerin**  
Edith Dürr  
Vorsitzende  
Generaloberin  
Tel. 089 / 1303-1002  
Fax 089 / 1303-1005  
E-Mail Pascale.Hilberger-  
Kirlum@swmbrk.de

München, 19.05.2020

***Offener Brief Gesundheitsfachberufekonferenz an Ministerpräsident Dr. Markus Söder***

**Aufnahme der Fachberufe im Gesundheitswesen in die Krisengremien zur  
Bewältigung der Corona-Pandemie**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Fachberufe im Gesundheitswesen – Pflegefachpersonen, Hebammen und Physiotherapeut\*innen - leisten als systemrelevante Berufsgruppen in der aktuellen Krise unverzichtbare Arbeit bei der Aufrechterhaltung der Versorgung von Bürgerinnen und Bürgern. Sie stehen dabei regelmäßig zentral in der ersten Reihe, wissend um die speziellen Erfordernisse einer fachgerechten Versorgung der an COVID-19 erkrankten Menschen, wissend um die z. T. schwierigen Bedingungen und wissend um das große Risiko und die Belastung für die eigene Gesundheit. Der Schutz der Bevölkerung hat bei allen Entscheidungen höchste Priorität und ist gerade auch für die Entscheidungsträger im aktuellen Krisenmanagement richtungsweisend.

**Untragbar ist, dass wir als Fachberufe im Gesundheitswesen in den Krisengremien mit unserer unverzichtbaren und spezifischen Fachkompetenz nicht ausreichend vertreten sind.**

**Wir fordern deshalb die Aufnahme von Vertretungen der Berufsgruppen Pflege (Bayerischer Landespflegerat), Hebammen (Bayerischer Hebammen Landesverband) und Physiotherapie (Deutscher Verband für Physiotherapie Landesverband Bayern) in das landesweite Krisenmanagement (Task Force).**

Bereits jetzt zeigt sich, dass die fehlende Beteiligung nicht nur zu bedenklichen Defiziten bei der Versorgungssicherung und –qualität führt, sondern auch erhebliche Irritationen bei Fragen von

Versorgungspflichten der Fachberufe zur Folge hat. Denn Versorgungsbedarfe speisen sich nicht allein aus medizinischen Diagnosen.

- So wurde von Seiten der Vertretungen der Fachberufe bereits sehr früh in der Krisenphase übereinstimmend festgestellt, dass die Versorgung der Berufsgruppen im Gesundheitswesen mit Schutzausrüstung unzureichend und nicht den Anforderungen entsprechend geregelt ist. Unabhängig davon, dass das erforderliche Material nicht bzw. nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung steht, entspricht der durch Experten festgelegte Verteilungsablauf nicht den Erfordernissen der Versorgungsrealität. Eine sog. „nachrangige“ Berücksichtigung von systemrelevanten, also für das Funktionieren unserer Gesellschaft unerlässlichen Gesundheitsfachberufen, entspricht bei den tatsächlichen Risiken durch die regelmäßige und enge Kontaktnähe von z.B. Pflegefachpersonen, Hebammen und Physiotherapeut\*innen zu Patient\*innen keineswegs den Bedürfnissen nach einer weitestgehend gefahrlosen Behandlungssituation.
- Neben der nachrangigen Beachtung sind große Bereiche der Versorgung, wie etwa die ambulante Pflege oder die freiberuflichen Hebammen, offenbar „vergessen“ worden, was die rechtzeitige Bereitstellung und Verteilung von persönlicher Schutzausrüstung anbelangt. Wenn Personal nicht über ausreichend Schutzmaterial verfügt, ist die Versorgungskontinuität nicht mehr gewährleistet, bzw. muss die Versorgung im ambulanten Bereich abgebrochen werden. D. h. bedürftige Menschen müssen dann in Kliniken verlegt werden, in denen sich in der Folge die Versorgungssituation weiter zuspitzen wird. Es ist unzumutbar, dass die Beschaffung und/oder Wiederaufbereitung von persönlicher Schutzausrüstung in Eigeninitiative zu erfolgen hat.
- Im Zusammenhang mit den Regelungen zur Notbetreuung von Kindern deren Eltern in systemrelevanten Berufen unabhkömmlich sind, stellte sich heraus, dass in Folge einer Fehlinterpretation die therapeutischen Berufe (z.B. Physiotherapie) in der überwiegenden Zahl der Fälle nicht mitberücksichtigt sind.
- Im Bereich der Hebammenversorgung fehlten zu Beginn der Corona-Krise eindeutige Aussagen der zuständigen Behörde (StMGP) zu möglichen Änderungen in der Berufsausübung während der Pandemie, z.B. aufsuchende Betreuung von Schwangeren, Müttern und Familien. Dies führte zu einer sehr großen Verunsicherung und Ängsten bei Schwangeren und Müttern. Die anfängliche Schließung von geburtshilflichen Abteilungen hätte vermieden werden können durch eine a priori Einbindung der Geburtshilfe in den Bereich der Akut- bzw. Notfallmedizin.
- In diesem Zusammenhang soll auch auf die uneinheitlichen Vorgehensweisen bzgl. der Testung von Gesundheitsfachpersonal im direkten Versorgungsgeschehen hingewiesen werden. Im Ergebnis stellt sich insgesamt eine viel zu geringe Testhäufigkeit dar, die kaum evidente Aussagen zu Infektionsverläufen bei dieser Personengruppe zulässt. Außerdem muss das Zeitfenster bis zur Mitteilung der Testergebnisse deutlich verkürzt werden, um angemessen reagieren zu können. Dies wäre insbesondere im Pflegebereich für den Schutz der Hochrisiko-Gruppe wichtig gewesen.

Die Krise offenbart in beeindruckender Weise die Stärken, aber auch die Schwachstellen unseres Gesundheitssystems.

Die politischen Signale zum seit Jahren bestehenden und unverändert hohen Fachkräftemangel in allen von uns vertretenen Bereichen sind größtenteils in Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl der Hände gemündet, und damit in gezielt niedrigschwellige Anwerbung gering und/oder nicht qualifizierter Personengruppen und entsprechender „Hinein-Qualifizierungen“. Die Gewichtung der Pflegefachlichkeit, gerade für den hochsensiblen Bereich der stationären/ambulanten Altenhilfe, hat sich damit zu Ungunsten von Fachexpertise verschoben.

So darf angenommen werden, dass sowohl der generelle Fachkräftemangel, als auch der hohe Anteil von Hilfskräften mit geregelter, aber, noch viel häufiger ohne geregelte Qualifikation, vordringlich im Bereich der stationären Altenhilfe, zu Defiziten in der Versorgungsqualität führt. Eine geringe Quote an Pflegefachpersonen führt letztlich dazu, dass diese eine große Anzahl pflegebedürftiger Menschen zu versorgen haben. Damit steigt auch das Risiko von Infizierungen, da Infektionsketten hauptsächlich durch Kontaktreduzierungen eingedämmt werden. In der Krise offenbart sich hier eine Potenzierung des Problems. Eine durchschnittliche Fachkraftquote von 50% stellt Pflegefachpersonen schon im „Normalfall“ vor große Herausforderungen, beispielsweise in komplexen Versorgungssituationen dementiell erkrankter Menschen. Besondere Kenntnisse, Kompetenzen und der Umgang mit den erforderlichen Hygiene-Regimen sind jedoch essentiell, um den Schutz der Bewohner\*innen zu garantieren und Überforderungssituationen zu minimieren. Wir sind überzeugt, dass mit einer frühzeitigen Einbindung der entsprechenden Fachexpertisen in das Krisenmanagement ein zielgerichteteres Agieren möglich gewesen wäre und beizeiten die Bedarfe in den diversen Versorgungssettings in den Blick hätten genommen werden können.

Wenn wir diese Krise nicht nur bewältigen, sondern aus ihr lernen und die richtigen Konsequenzen ziehen wollen, dann ist es Zeit für die „Renaissance der Gemeinwohl-idee im Gesundheitswesen“.<sup>1</sup> Professionelle Pflege, Therapieberufe und Hebammen nehmen hier eine Schlüsselrolle ein. Die aktive Mitbeteiligung der Gesundheitsfachberufe<sup>2</sup> und ihrer wissenschaftlichen Fachgesellschaften<sup>3</sup> in den entsprechenden Krisenteams muss der nächste wichtige Schritt sein.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Corona-Pandemie und ihre Folgen für die Bevölkerung zeigen doch sehr deutlich, dass zur gesundheitlichen Versorgung und Absicherung gerade auch die Gesundheitsfachberufe in allen Versorgungsbereichen eine tragende und entscheidende Rolle haben.

Wir appellieren eindringlich an Sie unsere Unterstützung anzunehmen. Uns eint die Sorge um die Gesunderhaltung und das Wohl der bayerischen Bürger\*innen und der Wunsch, unser Land bestmöglich

---

1 Brandenburg, H. (26.04.2020): Der Blick der Virologen auf die Corona-Krise reicht nicht aus. <https://www.katholisch.de/artikel/25211-der-blick-der-virologen-auf-die-corona-krise-reicht-nicht-aus> (29.04.20)

2 Pressemeldung Deutscher Pflegerat (DPR) vom 02. April 2020, Nr. 9/2020.: Ausnahmesituation der Pflege in der Coronakrise.

3 Stemmer, R. et al. 08.04.20: COVID-19 und die Rolle der Pflege(wissenschaft). <https://dg-pflegewissenschaft.de/aktuelles/covid-19-und-die-rolle-der-pflegewissenschaft/> (29.04.20).

durch diese Krise zu führen. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam Maßnahmen festlegen, die eine Beteiligung der Gesundheitsfachberufe in allen Fragen der Versorgung sichern.

Für den Bayerischen Landespflegerat (BLPR)



*Edith Dürr*

Edith Dürr  
Generaloberin  
Vorsitzende des Bayerischen Landespflegerats

Für den Bayerischen Hebammen Landesverband



*Mechtild Hofner*

Mechtild Hofner  
1.Vorsitzende Bayerischer Hebammen Landesverband e.V.

Für den Deutscher Verband für Physiotherapie Landesverband Bayern



*Rüdiger v. Eisebeck*

Rüdiger v. Eisebeck  
3. Vorsitzender Deutscher Verband für Physiotherapie Landesverband Bayern